

N i e d e r s c h r i f t

über die 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Mittwoch, den 22.01.2020 (öffentlicher Teil)

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:05 Uhr
Ort: Landratsamt Saale-Orla-Kreis, Neubau, Konferenzsaal 237,
Oschitzer Str. 4, 07907 Schleiz,

Anwesenheit:

Anwesend: Landrat
Függmann, Thomas

Vorsitzende/r
Kleindienst, Wolfgang

Ausschussmitglieder
Heidrich, Stefan
Herrgott, Christian
Müller, Kristin
Neumüller, Alex
Reller, Cynthia
Roßner, Marc
Thieme, Frederik

Beratende Mitglieder
Geisler, Astrid
Henze-Rippin, Gabriele
Hofmann, Nadine
Krasser, Ines
Kuschick-Büttner, Anja
Ladwig, Oksana
Pieter-Junge, Madlen
Thieme, Mandy

Mitarbeiter der Kreisverwaltung
Lautenschläger, Yvonne
Nielsen, Katrin
Pomsel, Victoria
Rubner, Stefan
Schmidt, Diana
Steinmark, Sandra

Entschuldigt: Ausschussmitglieder
Möller, Klaus
Müller, Ronny

Beratende Mitglieder
Beyer, Astrid
Marufke, Dieter
Mergner, Klaus
Schröter, Maraike

Schriftführerin: Beate Eismann

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.11.2019
2. Bundesprogramm "Demokratie leben"
 - 2.1. Interessenbekundung der freien Träger für die externe Koordinierungs- und Fachstelle Bundesprogramm "Demokratie leben"
 - 2.2. Beschlussfassung über die Vergabe der Trägerschaft für die externe Koordinierungs- und Fachstelle der lokalen Partnerschaft für Demokratie im Saale-Orla-Kreis 2020 bis 2024
Vorlage: J/008/2020
3. Beschlussfassung zu jugendhilferelevanten Maßnahmen im Rahmen des Landesprogrammes "Familie eins99 - Solidarisches Zusammenleben der Generationen"
Vorlage: J/007/2020
4. Landesprogramm Schulsozialarbeit
 - 4.1. Information zur Umsetzung der Schulsozialarbeit
 - 4.2. Bildung eines Unterausschusses "Schulsozialarbeit"
Vorlage: J/009/2020
5. Information zu Landesinvestitionsprogramm "Kindertageseinrichtungen" 2020
6. Anfragen
7. Informationen/Sonstiges

Wolfgang Kleindienst eröffnet die 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

Vor Sitzungsbeginn wurden den Ausschussmitgliedern die Beschlussvorlagen DV/001/2020 und J/009/2020 zur Dringlichkeit der Bildung eines Unterausschusses „Schulsozialarbeit“ ausgelegt.

Von Herrn Kleindienst wird zur Begründung der Dringlichkeit auf die Ausführungen im Sachverhalt hingewiesen. Insbesondere ist ein Handlungsbedarf erforderlich, da zu den festgelegten Schulstandorten vom Ministerium hinsichtlich der beantragten Ausnahmegenehmigungen nur teilweise Zuwendungen gewährt würden. Um eine schnellstmögliche Umsetzung zu ermöglichen, wird sich für eine Aufnahme des Tagesordnungspunktes ausgesprochen.

Von Herrn Herrgott wird vorgeschlagen, den TOP 4 (Informationen zur Schulsozialarbeit) auf der Tagesordnung zu belassen, um einen gleichen Kenntnisstand für alle Anwesenden zu schaffen.

Die Dringlichkeit der Bildung eines Unterausschusses „Schulsozialarbeit“ (DV/001/2020) wird **einstimmig** anerkannt.

Der Aufnahme der Beschlussvorlage J/009/2020 (Bildung eines Unterausschusses „Schulsozialarbeit“) wird **einstimmig** zugestimmt.

Die Änderung der Tagesordnung mit TOP 4.1. Information zur Umsetzung Schulsozialarbeit und TOP 4.2. Bildung eines Unterausschusses wird **einstimmig** beschlossen.

Zu TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.11.2019

Zum TOP 3 (Ergänzung der Fortschreibung des Jugendförderplanes – Vorlage J/003/2019) wird von Herrn Thieme moniert, dass der Standpunkt des Schulleiters der Grundschule Schleiz auf Seite 5 nicht korrekt wiedergegeben ist, da an der Grundschule Schleiz grundsätzlich Bedarf an Schulsozialarbeit besteht. Seitens der Verwaltung wird die Rückmeldung der Schule wörtlich verlesen: „Wie das Angebot war, ist kein Bedarf.“ Als Vertreterin der Volkssolidarität Oberland e.V. als Träger der Schulsozialarbeit wird von Frau Kaufmann bestätigt, dass bei der Befragung im Jahr 2018 von der Grundschule Schleiz keine Meldung abgegeben wurde.

Zur Korrektur der Niederschrift wird von Herrn Roßner angeregt, die Formulierung „in der bisherigen Form“ zu ergänzen. Hierzu wird von Herrn Thieme Einverständnis erklärt. Ebenfalls zu diesem Sachverhalt wird von Frau Thieme gebeten, in der Niederschrift aufzunehmen, dass „von ihr informiert wurde, dass vom Schulleiter die qualitative Form der Schulsozialarbeit bemängelt wurde.“

Den beiden genannten Änderungen wird mehrheitlich zugestimmt.

Zu TOP 4 wird von Herrn Kleindienst um Ergänzung der Niederschrift dahingehend gebeten, dass von Herrn Unger im Rahmen der Informationen über die geänderten HH-Ansätze für das Jahr 2020 mitgeteilt wurde, dass diese in der HH-Stelle Schulsozialarbeit wie folgt aussehen: Einnahmen Landesprogramm 730.550 € und der Zuschuss des Landkreises wird von 350.000 € auf 150.000 € gekürzt wird. Diesen Ansätzen wurde mit der Beschlussempfehlung zum Haushalt durch den Jugendhilfeausschuss einstimmig zugestimmt.

Dieser Änderung der Niederschrift wird mehrheitlich zugestimmt.

Zu TOP 3 wird von Herrn Thieme um Korrektur des Abstimmungsergebnisses gebeten. Es erfolgte keine Stimmenthaltung, sondern eine Gegenstimme seinerseits.

Auch dieser Änderung wird mehrheitlich zugestimmt.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass das namentliche Abstimmungsverhalten ohne erfolgte Beantragung in der Sitzung im Nachgang nicht aufgenommen werden kann.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen

**mehrheitlich
bei 1 Stimmenthaltung**

folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss genehmigt mit den genannten Änderungen die Niederschrift über die 2. Sitzung des Ausschusses am 13.11.2019 (öffentlicher Teil).“

10-3/2020

Zu TOP 2 Bundesprogramm "Demokratie leben"

Vom Landrat wird an die Diskussionen in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Ergebnis erinnert, dass sich auf eine Fortführung des Bundesprogramms „Demokratie leben“ verständigt und angeregt wurde, ein Interessenbekundungsverfahren hinsichtlich einer externen Koordinierungsstelle durchzuführen. Der Aufforderung zur Beteiligung durch die freien Träger sind die Volkssolidarität Pößneck e.V. und die Diakoniestiftung Weimar Bad Lobenstein gGmbH fristgerecht gefolgt. Die eingereichten Konzepte wurden durch die Verwaltung geprüft.

Von Herrn Kleindienst wird vorgeschlagen den beiden anwesenden Trägern Rederecht zu erteilen und die Reihenfolge des Rederechts zur Diskussion gestellt. Dazu ergeht von Herrn Herrgott der Vorschlag alphabetisch zu verfahren. Da es keine weiteren Vorschläge oder Einwände gibt, wird einvernehmlich die alphabetische Reihenfolge beschlossen.

Zu TOP 2.1 Interessenbekundung der freien Träger für die externe Koordinierungs- und Fachstelle Bundesprogramm "Demokratie leben"

Für die Diakoniestiftung Weimar Bad Lobenstein stellen sich Frau Köhler, Geschäftsbereichsleiterin Kinder/Jugend/Familien und Herr Heuchel, Leiter der Fach- und Koordinierungsstelle, vor.

Als Grund für die Interessenbekundung wird insbesondere auf die vorhandenen Erfahrungen aus der bereits seit 5 Jahren bestehenden Fach- und Koordinierungsstelle für den Landkreis Saalfeld genannt, die im Zukunftsladen in Saalfeld untergebracht ist und von Herrn Heuchel als Projektkoordinator geführt wird. Für den Saale-Orla-Kreis werden die dort erworbenen Erfahrungen als wertvoll hervorgehoben.

Als vorgesehene Schwerpunkte der Aufgaben bzw. der Umsetzung durch die Diakoniestiftung werden u.a. genannt,

- die Anmietung eines Ladenlokals in Pößneck für die Koordinierungsstelle,
- dort transparenten Raum schaffen für Bürger und Unterbringung des Begleitausschusses,
- um auch im Oberland sichtbar zu sein, ebenfalls Anmietung eines Ladens in Schleiz (evtl. 2 Tage Öffnungszeit),
- Begleitausschuss breiter aufstellen, inhaltlich stärken und Gesellschaft abbilden,
- Handlungskonzept entwerfen und dabei wichtige Themen aufnehmen,
- im 3. Quartal eine Demokratiekonferenz durchführen jeweils in Pößneck, Schleiz, Bad Lobenstein und Neustadt,
- Strategieänderung dahingehend, dass in Vergangenheit Programm vorwiegend fachkundigem Personal zugänglich, in Zukunft sollen viele Menschen angesprochen werden,
- Informationen über aktuell laufende Projekte im Landkreis Saalfeld,
- erweiterte Nutzung von Facebook und Instagram,

- Vernetzung bestehender Gremien und neue Kooperationspartner finden,
- Weiterbildung von Multiplikatoren,
- beratend als Partner zur Verfügung stehen,
- Zusammenarbeit mit Jugendforum,
- sachlichen u. demokratischen Dialog fördern,
- bei der Hauptzielgruppe Jugend das Verständnis für demokratische Prozesse stärken, demokratische Werte vermitteln, für die Erhaltung der Grundwerte Verantwortung übernehmen,
- Umgang mit rechtspolitischen Gruppierungen,
- Synergieeffekte bilden durch Kontakte mit überregionaler Vernetzung.

Auf Nachfragen oder Hinweisen der Ausschussmitglieder zu einzelnen Details wird von Frau Köhler und Herrn Heuchel dabei direkt geantwortet.

Für die Volkssolidarität Pöbneck e.V. stellt sich Herr Zörcher als Geschäftsführer vor. Zusammenfassend wird über die Arbeit des sozial ausgerichteten Vereins informiert, der verschiedene Altersgruppen bedient und in der Fläche breit aufgestellt ist. Verwiesen wird auf die Mit- oder Zusammenarbeit im Begleitausschuss, dem Kreisjugendring, Blitz e.V. und PAF.

Für die Zukunft werden als Aufgabenschwerpunkte u.a. genannt:

- bestehende Kontakte nutzen und weiterausbauen,
- in vorhandenen Strukturen weiterarbeiten,
- besonderes Anliegen ist die Einbindung von ausländischen Arbeitskräften in Gesellschaft,
- für die Koordinierungsstelle wird ein Arbeitsplatz in der Geschäftsstelle Pöbneck geschaffen,
- als Treffpunkt kann der Begegnungsraum genutzt werden,
- in Schleiz können die Räume der Volkssolidarität Oberland genutzt werden,
- zur Stellenbesetzung wird eine Stellenausschreibung vorgesehen oder durch breite Erfahrungen besteht auch Möglichkeit selbst auszuführen,
- organisatorisch in Verwaltung einbinden,
- als Anlaufpunkt zur Kontaktaufnahme dienen, laufend Initiativen aufnehmen, Aufbereitung der Anträge, neue Förderprojekte finden, für Informationsfluss sorgen, zentrale Aufgabe ist Koordination, Demokratiebewusstsein fördern, verschiedene Veranstaltungen organisieren, Öffentlichkeitsarbeit über Socialmedia pflegen, Unterstützung der Medienarbeit für Projekte, Weiterbildungsangebote und Konferenzen mit Projektmanagern

Nachfragen an Herrn Zörcher gibt es nicht.

**Zu TOP 2.2 Beschlussfassung über die Vergabe der Trägerschaft für die externe Koordinierungs- und Fachstelle der lokalen Partnerschaft für Demokratie im Saale-Orla-Kreis 2020 bis 2024
Vorlage: J/008/2020**

Unter Hinweis auf seine Funktion als Vorstandvorsitzender der Volkssolidarität Pöbneck e.V. wird von Herrn Herrgott die Befangenheit erklärt.

Zum Abstimmungsverfahren wird von Herrn Kleindienst erläutert, dass der Aufruf wiederum in alphabetischer Reihenfolge erfolgt und jedes Mitglied nur einmal zur Stimmabgabe berechtigt ist.

Für die Übertragung der Koordinierungs- und Fachstelle an die Diakoniestiftung Weimar Bad Lobenstein werden keine Ja-Stimmen abgegeben.

Der Vergabe der Trägerschaft an die Volkssolidarität Pößneck e.V. wird

einstimmig

zugestimmt und der Jugendhilfeausschuss fasst damit folgenden Beschluss:

Die Gäste der freien Träger gehen 17:30 Uhr.

„Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass die externe Koordinierungs- und Fachstelle der lokalen Partnerschaft für Demokratie im Saale-Orla-Kreis 2020 bis 2024 beim Träger Volkssolidarität Pößneck e.V., Dr.-Wilhelm-Külz-Straße 5, 07381 Pößneck eingerichtet und betrieben wird.“

11-3/2020

Zu TOP 3 Beschlussfassung zu jugendhilferelevanten Maßnahmen im Rahmen des Landesprogrammes "Familie eins99 - Solidarisches Zusammenleben der Generationen"

Vorlage: J/007/2020

Von Frau Steinmark wird informiert, dass laut Richtlinie der Planungsbeirat die vorliegende Empfehlung abgegeben hat. Weitere Erläuterungen erfolgen zu den Details der einzelnen Maßnahmen und der Verankerung der Kosten.

Von Herrn Kleindienst wird darauf aufmerksam gemacht, dass aufgrund fehlender Anträge die Mittel nicht komplett abgerufen wurden. Er spricht sich motivierend für Antragstellungen bzw. der Weitergabe der Informationen aus, da mit diesem Landesprogramm der Kreishaushalt entlastet werden kann.

Von Frau Reller und Frau Kaufmann wird die Bitte ausgesprochen, in Zukunft in einer Kurzbeschreibung umfangreicher über den Maßnahmeninhalt zu informieren.

Herr Thieme erklärt seine Befangenheit und nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen

einstimmig

folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss beschließt auf der Grundlage der Empfehlung des Planungsbeirates die Durchführung von folgenden Maßnahmen im Rahmen des Landesprogrammes „Familie eins99 - Solidarisches Zusammenleben der Generationen“:

- Elternkurs „Auf eigenen Beinen stehen“ Schleiz
- Elternkurs „Auf eigenen Beinen stehen“ Triptis
- Mobile Familienangebote.“

12-3/2020

Zu TOP 4 Landesprogramm Schulsozialarbeit

Zu TOP 4.1 Information zur Umsetzung der Schulsozialarbeit

Zusammenfassend wird von Frau Henze-Rippin nochmals der zeitliche Ablauf zur Problematik sowie der aktuelle Sachstand dargestellt. Eine Erweiterung der Schulstandorte wurde vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung und der Erteilung der Ausnahmegenehmigung durch das Ministerium in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses beschlossen. Seitens des Ministeriums wurde zwischenzeitlich informiert, dass keine vollumfängliche Genehmigung der beantragten Standorte erfolgen wird. Mit Beschluss des Haushaltes stehen die eingeplanten Eigenmittel iHv 150T€ nicht mehr zur Verfügung. Der dringende Handlungsbedarf ist aus oben genannten Gründen gegeben und begründet das Ansinnen zur Bildung eines Unterausschusses. Der Ist-Stand (Ergänzung Jugendförderplan wirksam seit 01.08.2018) ist weiter gesichert.

Von Herrn Kleindienst wird darauf aufmerksam gemacht, dass von fast allen Schulen Bedarf bekundet wurde. Der Jugendhilfeausschuss oder auch der Unterausschuss können nur nach vorhandenen Finanzmitteln entscheiden. Unter Hinweis auf die HH-Diskussion im Kreistag bzw. der daraus resultierenden Einsparung in der HH-Stelle Schulsozialarbeit wird bestätigt, dass eine Umsetzung, wie im November beschlossen, nicht mehr durchzuführen ist. Eine Nachfrage beim Landtagsabgeordneten Herrn Kalich hinsichtlich der Möglichkeit weiterer zu erwartender Mittel seitens des Landes hat keine positive Aussage ergeben. Durch den Ausschussvorsitzenden wird Herr Thieme gebeten, im Unterausschuss mitzuarbeiten. Es wird sich dafür ausgesprochen, die zur Verfügung stehenden Mittel sinnvoll einzusetzen und dafür schnellstmöglich eine Entscheidung zu treffen.

Auch von Herrn Herrgott wird an die intensiven Diskussionen mit der Beschlussfassung in der letzten Ausschusssitzung erinnert, die nun durch eine Beschwerde beim Land nicht mehr umsetzbar ist. Eindeutig wird sich zu dem gefassten Beschluss bekannt. Für den aktuellen Handlungsbedarf wird sich für einen zeitnahen Beschluss im Jugendhilfeausschuss ausgesprochen bzw. gegen die Bildung eines Unterausschusses, da durch die zusätzlichen Beratungen weiterer Zeitverzug entsteht. Die Beschwerde beim Ministerium wegen einer Entscheidung des Jugendhilfeausschusses nach nichtfachlichen Gründen sowie gegen einen freien Träger wird von Frau Krasser bestätigt.

Mit Erläuterungen zum zeitlichen Ablauf des Gesetzesvorhabens wird von Herrn Herrgott wenig Hoffnung auf eine zeitnahe Zuwendung des Landes in aktuell unbekannter Höhe gemacht. Das eingelegte Veto gegen den Beschluss wird als Ursache der Ablehnung durch das Ministerium gesehen.

Auf Nachfrage von Herrn Roßner werden von Frau Henze-Rippin nochmals die aktuellen Schulstandorte, die vorhandenen VbE bzw. Personalstellen sowie Informationen zur Ministeriumsmitteilung genannt.

Herr Herrgot geht 18:00 Uhr.

An der umfangreichen Diskussion beteiligen sich zum Teil auch mehrfach Herr Kleindienst, Herr Neumüller, Frau Kaufmann, Herr Fügmann, Frau Schmidt, Frau Thieme, Herr Roßner, Herr Thieme, Frau Lautenschläger, Frau Reller, Frau Nielsen. Dabei wird die erfolgte Bedarfserhebung und die Entscheidungsfindung des Unterausschusses hinterfragt und auch Zweifel an der Vorgehensweise in der Vergangenheit ausgesprochen. Es wird auf die Verständigung in der letzten Sitzung hingewiesen, die Daten des vorhandenen Auswahlverfahrens zu verwenden, um den Prozess zu beschleunigen. Dazu wird ergänzt, dass die ermittelten Zahlen den Daten von ORBIT (als verantwortliches Institut) ähneln. Unter Hinweis auf die bis 2021 begrenzte Laufzeit des aktuellen Jugendförderplanes wird eine erneute Bedarfsermittlung in Verbindung mit dem Zeitpunkt einer Fortschreibung als sinnvoll erachtet. Vorschläge für die Anwendung eines möglichen Rankings werden genannt. Von den Rednern wird anerkannt, dass ohne weitere Verzögerungen über die zur Verfügung stehenden Mittel entschieden werden sollte. Über ein sinnvolles Procedere zur Lösungsfindung wird sich verständigt und die Meinungsbildung dazu in einer nichtöffentlichen Sitzung als beste Variante gesehen.

Dem **Geschäftsordnungsantrag** von Herrn Neumüller auf Ende der Diskussion wird **einstimmig** zugestimmt.

Zu TOP 4.2 Bildung eines Unterausschusses "Schulsozialarbeit" **Vorlage: J/009/2020**

Die Formalien zur Bildung eines Unterausschusses werden erläutert und nochmals auf die notwendige Herstellung der Handlungsfähigkeit hingewiesen.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen

einstimmig

folgenden Beschluss:

Für die Durchführung der Nichtöffentlichen Sitzung wird als Termin Donnerstag, der **20.02.2020, 14:00 Uhr** benannt. Im Anschluss wird **17:00 Uhr** ein öffentlicher Sitzungsteil mit der entsprechenden Beschlussvorlage auf der Tagesordnung stattfinden.

Herr Neumüller geht 18:40 Uhr.

„Der Jugendhilfeausschuss lehnt die Beschlussfassung laut Beschlussvorschlag der Vorlage-Nr. J/009/2020 zur Bildung eines Unterausschusses „Schulsozialarbeit“ ab.“

13-3/2020

Zu TOP 5 Information zu Landesinvestitionsprogramm "Kindertageseinrichtungen" 2020

Mittels einer Präsentation wird von Frau Pomsel über die wesentlichen Inhalte, die eingegangenen Anmeldungen und die befürworteten Kita-Einrichtungen informiert. Als Ziel des Landesinvestitionsprogrammes wird die Förderung von Modernisierungen, Sanierungen, Ausstattungen oder Neuschaffung von Plätzen in den Kindertagesstätten genannt. Weitere Informationen erfolgen zum Verfahren der Anmeldung, der Abgabe der Prioritätenlisten beim Land bzw. den Befürwortungen der Einrichtungen. Ebenso wird über die anteilig für den Landkreis zur Verfügung stehenden Summe, der Zahl der vorliegenden Anmeldungen mit der Gesamtsumme sowie den Förderbestimmungen berichtet. Aktuell ist die Förderung der Kitas in Neunhofen, Moßbach, Krölpä, Blankenberg und Pustebume Pößneck vorgesehen. Zu den geplanten Vorhaben werden einzelne Details der Maßnahmen erläutert.

Auf Nachfragen von Frau Kuschik-Büttner zu den angewandten Bewertungskriterien wird von Frau Pomsel und Frau Nielsen mitgeteilt, dass kein Punktesystem angewandt wird, sondern unter Beachtung der Auflagen von Unfallkasse oder Brandschutz, einer Platzerweiterung, einer Qualitätsverbesserung bzw. vorhandener Förderungen nach erfolgter Vorortbesichtigung die Auswahl getroffen wird. Die Verwaltung ist als Antragsbehörde nur begleitend tätig. Für Qualitätsverbesserungen ist auch der jeweilige Träger verantwortlich. Im Fall, dass der Eigenanteil von Kommunen nicht aufgebracht werden kann, rückt der Rangnächste der Liste nach.

Wie in der Vergangenheit erfolgt eine Information über die größeren geplanten Investitionssummen an den Jugendhilfeausschuss.

Zu TOP 6 Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

Zu TOP 7 Informationen/Sonstiges

Als Termin für die weiter folgenden Sitzungen des Jugendhilfeausschusses wird sich unter den Ausschussmitgliedern auf Mittwoch, den **06.05.2020** und **01.07.2020**, jeweils **16:00 Uhr** verständigt.

Wolfgang Kleindienst beendet um Uhr den öffentlichen Sitzungsteil der 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses .

Wolfgang Kleindienst
Ausschussvorsitzender

Beate Eismann
Schriftführerin